

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No. 11

Ansicht für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat August 50000 M., nachher je nach Vorbehalt. Ein einzelnes Exemplar 20000 M. Anzeigenpreis: Die erste Zeile über dem Raum 20000 M., die Restzeile 45000 M. Mindestbetrag eines Auftrags 50 000 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt bindig.

Nr. 197.

Altensteig, Samstag den 25. August.

Jahrgang 1923

Zur Lage.

„Kabinette kommen und gehen, aber das Volk bleibt. Ihm muß darum unsere gemeinsame Arbeit, Sorge, Liebe und Hoffnung gelten.“ Diese schönen Worte des neuen Reichskanzlers an die Vertreter der deutschen Presse umschließen „das Programm der Arbeit und Freiheit“, das sich die neue Regierung gestellt hat, das aber im übrigen sich deckt mit all den Bestrebungen der deutschen Reichskabinette seit den Umsturztagen von 1918. Stresemann ist ein Meister des gesprochenen Wortes, und so ist es erklärlich, daß seine bisherigen Ausführungen zur inneren und äußeren Lage im Reich so starken Widerhall fanden. Außerdem steht er an der Spitze der „Großen Koalition“, so daß für eine günstige Atmosphäre von vornherein gesorgt war. Stresemann als den Mann der Stunde, als den Retter Deutschlands zu feiern, dazu ist heute so wenig wie bei Dr. Cuno Anlaß. Die Taten und nicht die Worte entscheiden darüber. Wir haben es ja erlebt: Kabinette kommen und gehen....

Er ist ebenso ganz und gar hoffnungslos, wenn man glauben macht, wie dies in einem großen Teil der Presse geschieht, daß einem Kabinett Stresemann auf der Grundlage der großen Koalition eine Verständigung mit den Gegnern über die Reparations- und Aufräumarbeiten leichter möglich sei als bisherigen Regierungen. Die außenpolitische Lage ist heute um einiges klarer als vor einer Woche. Gewisse Sirenenklänge aus Paris an die deutsche Adresse könnten allerdings die Meinung entleeren lassen, als ob schließlich von Frankreich aus noch der Weg der Verständigung zu Stresemann gefunden würde. Törichte Hoffnung, die letzten Endes immer wieder auf gewisse international-sozialistisch-pazifistisch eingestellte Kreise zurückzuführen ist! Stresemann wird und kann außenpolitisch nicht anders handeln als seine Vorgänger. Selbst die sozialistischen Mitglieder des neuen Kabinetts sprechen sich für Fortführung des passiven Widerstands aus. Der Bedrohung unserer nationalen Existenz durch die französische Gewaltpolitik kann man eben nur den festen Willen auf Wahrung unserer Lebensrechte und unseres nationalen Bestandes entgegenstellen. Auch die Hoffnung auf die Hilfe Englands ist vergebens. Dr. Cuno hat es erfahren, Stresemann wird es noch erfahren müssen, denn er meinte noch kürzlich im Reichstag, daß man jenseits des Kanals den Mut zur Tat wieder gefunden habe. England hatte gehofft, durch den neuen amerikanischen Präsidenten in den europäischen Fragen einen Partner zu finden. Nun hat dieser aber so deutlich als möglich abgelehnt. Amerika hat danach kein Interesse am europäischen Streit und wird sich fernhalten. So muß England allein mit Frankreich über die Reparations- und Aufräumarbeiten ins Reine kommen. Das diplomatische Spiel zwischen London und Paris geht also weiter und alles, was die Meldungen darüber berichten, sind Stimmungen, Vermutungen, diplomatische Kniffe. Es wird Herbst werden, ehe einige Klarheit darüber wird, wie sich die Ententeurunde in Paris und London geeinigt haben. Zunächst freilich wird England nach Deutschland eine Antwortnote senden auf unsere Vorschläge vom Mai und Juni. Ihr bleibt es vorbehalten, etwas zur Lösung des Problems beizutragen. Aber auch darin wollen wir uns keiner Täuschung hingeben: London und Paris werden schließlich doch zusammenkommen auf Kosten Deutschlands. Poincaré gibt sich alle Mühe, seinen Krieg an der Ruhr durch brutale Gewalt zum Sieg zu führen. Die auf unbestimmte Zeit verlängerte Verkehrsperre zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland ist Beweis genug dafür. Grenzenlose wirtschaftliche Not soll die Ruhr- und Rheinbevölkerung zermürben und politisch reif machen für Frankreichs Ziele am Rhein. Das neue Reichskabinett hat darum mit Recht ein Ministerium für die besetzten Gebiete erhalten, dem die Fürsorge für die hartgeprüfte Ruhr- und Rheinbevölkerung obliegt.

Deutschland steht in tiefer Not. Es geht jetzt um Rhein und Ruhr. Es geht um unsere nationale Existenz, denn die Währungs-katastrophe hat innerhalb einer Woche im Innern eine Lage höchster Gefahr geschaffen. Die Regierung Cuno hat noch die neuen Steuererlasse geschaffen, die im Laufe dieses und des nächsten Monats rund 150 Billionen Mark der Weichsel zufließen sollen. Damit sollte der Sturz der wertlos gewordenen Mark aufgehalten, zugleich aber den

bedrängten Volksgenossen im Westen tatkräftige Hilfe geleistet werden. Aber der finanzielle Zusammenbruch und der Versuch, die sterbende Mark zu retten, hat zu jener Zahlungsmittelknappheit geführt, die innerhalb weniger Tage unser gesamtes wirtschaftliches Leben erschütterte. Die Wirkung der neuen Steuererlasse und der vom Reich aufgelegten Goldanleihe ist noch unerkennbar. Jedenfalls mußten in dieser Woche viel Billionen Papiermark ohne Dedung in den Verkehr gebracht werden. Man ist im ganzen Wirtschaftsleben zur Goldmarkrechnung übergegangen. Die Folge davon ist eine grenzenlose Verarmung aller Bevölkerung des täglichen Bedarfs. Ein starker Mangel an Lebensmitteln und die vielfach noch nicht durchgeführte Angleichung der Löhne und Gehälter haben jene Stimmung der Verzweiflung geschaffen, der man auf Schritt und Tritt begegnet, jenen rasenden Egoismus und Fanatismus, der die Schuld bald auf ganze Stände, bald auf die Regierung schiebt und dabei vergißt, daß die französische Politik die Ursache dieses namenlosen Not, die über uns hereinbricht, ist. Die Schaffung einer neuen Währung — ob man sie Goldmark oder Festmark nennt — wird das finanzielle Chaos nur weiter vergrößern. Der Zeitpunkt, mit Maßnahmen der Regierung dem Währungszerfall zu begegnen, ist wohl vorüber. Die Wirtschaftskatastrophe, welche sich zunächst in verschärfter Warenknappheit, nach russischem Muster vollzieht sich ungewollt auch bei uns der Prozeß des Zerfalls. Ihn anzuhalten, tut die neue Regierung, was in ihren Kräften steht. Man muß aber ein großer Optimist sein, wenn man auf eine Wendung zum Besseren zu hoffen wagt. Poincaré gerät immer wieder die Reime von deutschen Hoffnungen. Es will wenig bedeuten, wenn die kommunistischen Räuberbanden und Plünderungen bei Landwirten in den verschiedensten Teilen des Reiches unterdrückt sind und die Generalkriegsgefahr zusammengebrochen ist. Die wirtschaftliche Not, die tausenden Familien ans Leben — wirklich ans nackte Leben — geht, schafft eine Stimmung höchster Gefahr für Reich und Volk. Gelting es der neuen Regierung, die Reparationsfrage rasch einer Lösung zuzuführen, nur dann ist eine Hoffnung auf Rettung vor Schlimmerem in unserem Vaterlande zu erwarten.

Die deutsche Not trifft alle. Allerdings diesen oder jenen bald härter, bald schwächer. Von allen Produktionszweigen ist wohl die deutsche Presse, die Trägerin des geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland durch die neue Teuerungskatastrophe und die eingeführte Goldmarkhochrechnung am härtesten betroffen. Sie steht heute vor dem Zusammenbruch wie noch in keiner Stunde der so manchenmal kritischen vergangenen Jahre. Ihre Rettung kann allein beim Leser, beim deutschen Volk liegen. Wenn es sich, wie man jetzt vielfach bemerkt, auf dem Standpunkt stellt, es brauche keine Zeitung und kein geistiges Rüst- und Kampfzeug mehr, dann freilich wird die Presse und mit ihm das Volk in Chaos versinken. Wer seine Zeitung abbestellt, weil sie jetzt endlich auch zu der Preisbildung übergegangen ist, die längst von allen Betrieben übernommen wurde, der schädigt sich selbst am allermeisten. Wer an dem Kampf des deutschen Volkes um seine Existenz teilnehmen will, wozu jeder die vaterländische Pflicht hat, der kann seine Zeitung nicht entbehren. So wird dieser Kampf der deutschen Presse um ihre Existenz zum hervorragendsten Symbol des Volkampfes der Gegenwart um das Lebensrecht und das gesamte deutsche Volkstum. Was tust Du, Leser?

Stresemann im Reichsrat.

Aufruf zur Einigkeit.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Vollversammlung ab, die zunächst vom Reichskanzler Dr. Stresemann geleitet wurde, der in einer Ansprache u. a. ausführte:

„Man schaut heute auf das Deutsche Reich, um zu sehen, ob wir trotz aller Bedrängnisse noch die Kraft, den Mut, die Besonnenheit und die Einheit aufbringen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die jetzt auf uns einwirken. Dabei ist vor allem notwendig, daß in dieser Situation Reich und Länder eine Einheitsfront in ihrem Zusammenwirken bilden.“

Ich habe in der ersten Regierungserklärung im Reichstag gesprochen von dem Eigenleben der Länder. Ich habe davon gesprochen, daß dies der Eigenart des deutschen

Volkes entspreche, sich aber eingliedern müsse in das Große des ganzen Reiches. Das war nicht eine Augenblicksempfindung, das war eine Erklärung, die in ihrem Wortlaut getragen war von dem Gesamtkabinett. Wenn in letzter Zeit davon gesprochen worden ist, daß ganz speziell zentralistische Tendenzen der neuen Reichsregierung eigen wären, so darf ich darauf hinweisen, daß der Reichsminister des Innern, dem ja in erster Linie das Verhältnis des Reichs zu den Ländern zu wahren obliegt, feierlich in voller Übereinstimmung mit der Haltung, die wir alle einnehmen, davon gesprochen hat, daß ihm von derartigen Bestrebungen nichts bekannt sei.

Es kommt gerade in dieser Situation darauf an, und namentlich wird das der Fall sein in den ereignis- und entscheidungsvollen Wochen, vor denen wir stehen, daß nach außen hin das ganze Reich eine Einheit bildet zur Abwehr der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwereigkeiten, damit von Reich und Ländern in ihrem Zusammenwirken eine Welle ausgeht, auf der das ganze Volk in derselben Einheit zusammensteht. Ich bitte um Ihr Vertrauen bei der Führung der Geschäfte. Ich bitte um Ihre Mitarbeit und auch um Ihre Kritik. Ich bitte um Ihre Kollegialität. Ich bitte Sie, dem parlamentarischen Kabinett auch alle diejenigen sachlichen Erfahrungen mitzugeben, die ihm vielleicht selbst noch mangeln und die es vielleicht selbst noch in seiner Arbeit für den Staat erwerben muß.“

Preussischer Staatssekretär Weichmann dankte im Namen des Reichsrats und erklärte u. a., daß die Länder davon durchdrungen seien, daß wie das Reich der Länder zur Mitwirkung bedürfe, um zu einem Ziele zu gelangen, das sich der Mühe lohnt, genau so gut die Länder wünschen, daß für ihr Leben ihr Gedeihen ein festes Anknüpfen an das Reich unbedingt notwendig sei. Genau wie der Reichskanzler und hinter ihm die Reichsregierung, ständen auch die Länder auf dem Standpunkt, daß derjenige, der im Ausland glaube, jetzt wäre der Augenblick gekommen, wo das durch Blut und Eisen zusammengeschmiedete Reich zerfallen und in Stücke gehen würde, eine falsche Rechnung aufstellt. Gerade das Leid schweißte das Reich zusammen und jeder, der es wage, an der Geschlossenheit zu zweifeln, werde auf Graut beissen. Der Reichsrat werde dem neuen Kabinett jede Unterstützung angeheißen lassen und ihm ein treuer Helfer sein auf dem Wege, dem deutschen Vaterland wieder zu friedlicher, gedeihlicher Zusammenarbeit und zu besseren friedlichen Zuständen als jetzt zu verhelfen.

Der Reichsrat genehmigte sodann Richtlinien über die Verteilung der Beihilfen zur Behebung kultureller Notstände. Von den zur Verfügung stehenden Summen der einmaligen Beihilfen werden 55 Prozent den Ländern und 45 Prozent dem Reich überwiesen. Weiterhin wurde die Fernsprechornung entsprechend früheren Beschlüssen auf dem Gebiete des Postwesens derartig geändert, daß auch hier die Gebühren weitestgehend gestaltet werden sollen. Um den berechtigten Klagen aus Tabakhändlerkreisen abzuhelfen darüber, daß mit steigenden Verkaufspreisen auch neue Steuerzeichen verwendet werden müssen, wird der Finanzminister eine Verordnung erlassen, wonach aus Billigkeitsgründen Kleinhändler, die einen Preisausschlag vornehmen, der lediglich der Entwertung des Geldes entspricht, von der Verpflichtung der Nachversteuerung befreit werden. Angenommen wurde weiterhin eine Verordnung über die Fortführung der öffentlichen Brotversorgung bis zum 15. Oktober. Ferner erklärte sich der Reichsrat mit dem Beschluß des betreffenden Reichstagsausschusses einverstanden, wonach die Abzüge bei der Lohnsteuer veranschlagt werden.

Stresemanns Antwort an Poincaré.

Aufrechterhaltung des deutschen Angebots vom 7. Juni. — Verweigerung des „Ruhrpfandes“. — Bereitschaft zu einer wirtschaftlichen Zwischenlösung.

Berlin, 24. Aug.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat heute bei einem Frühstück, das der deutsche Industrie- und Handelstag ihm zu Ehren gab, über die innere und äußere Lage gesprochen. Der Kanzler knüpfte an das Wort an, das er in seiner letzten Rede als Abgeordneter im Reichstag gepflegt hatte, daß die eigene Sanierung im Innern zugleich die wirksamste außenpolitische Beistandigung für Deutschland sei und wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin, die die Reichsregierung zur Schaffung

eines Devisenfonds, zur Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel und Anleiheverträge und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet habe. Er wies eingehend den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Zahlungswertfall herbeigeführt habe. Er würde den Staatsmann, der absichtlich eine solche Politik getrieben hätte, für den größten Verbrecher an seinem Volk ansehen. Die Reichsregierung schene nicht vor einem scharfen Eingriff in die Vermögenssubstanz zurück und sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftskrise, vor deren Vertreter er spreche, nicht nur aus Angst, sondern aus eigener Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen, daran mitwirken werden.

Der Reichskanzler leitete mit dem Hinweis, daß trotz dieser scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanz eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen ohne vorherige Lösung der außenpolitischen Probleme nicht möglich sei, auf die außenpolitische Lage über. Der französische Ministerpräsident habe die Ruhrbesetzung damit begründet, daß sie notwendig gewesen sei, um Deutschland dazu zu zwingen, Verpflichtungen zu erfüllen, denen es sich bisher absichtlich entzogen habe. Er verfolge es sich, an dieser Stelle auf die Vergangenheit im Einzelnen einzugehen. Die Frage von Schuld und Recht werde das deutsche Volk dem Urteil unparteilicher Schlichter jederzeit gerne zu unterwerfen bereit sein, weil sein eigenes gutes Gewissen in dieser Frage dem Urteilspruch ruhig entgegenstehe. Auf dem Gebiet der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands habe eine kürzliche unparteiliche Untersuchung Deutschland die Genugtuung gebracht, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher gewertet werden als die Gutachten der Reparationskommission. Das Institut of economics in Washington habe nach einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand bis zum 30. September 1922 mindestens 25—26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten geleistet hat und daß das deutsche Verlangen nach Buchung noch weiterer Kosten zu Gunsten Deutschlands unabweisbar gerechtfertigt sei. Die deutsche Regierung beziffert die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Was die Welt von den Staatsmännern der Völker erwarte, ist nicht unfruchtbarer Polemik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der an die Stelle des Chaos und Wieders zu den ungeschriebenen Gesetzen des Weltverkehrs, auf denen sich einfluß der wirtschaftliche Verkehr der Weltvölker aufbaut.

Höchst beachtenswerte Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu ermöglichen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden versucht, geht dahin, daß er positive Pfänder für die deutschen Reparationsleistungen beansprucht. Als solche positive Pfänder bezeichnet die französische Regierung einmal die Garantien der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft, ferner die Zinsanspruchnahme der deutschen Rente. Soweit der Grundbesitz in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für künftige deutsche Leistungen zu geben, wurde die Zinsanspruchnahme deutschen Reichsbesitzes und deutscher Wirtschaft auch in dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni ds. Js. zum Ausdruck gebracht, jenem Vorschlag der deutschen Regierung, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Verbündeten gefunden hat. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Pfänder des Versailler Vertrages hinausgeht. Wir lesen in dem französischen Selbstbuch, daß der Reichtum Deutschlands nicht zerstört sei, daß keine wirklichen Hilfsquellen und Steuerkräfte, die in seiner Wirtschaft lägen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien. Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine Überbewertung der deutschen Wirtschaftskraft vorliegt. Sie wissen ferner, daß die angeblichen großen Gewinne der deutschen Wirtschaft, wie die Verzinsung anderer Aktiengesellschaften beweist, vielfach so lächerlich gering sind, daß beispielsweise die letzte Jahresdividende der Deutschen Bank nicht den Wert einer Straßbahnfahrt in Berlin ausmachte. Wenn in dieser deutschen Wirtschaft — was ich nicht bestreite — Möglichkeiten einer Zukunftsentwicklung liegen, so bedarf es für die Verbündeten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzten und verbliebenen Kraftquellen zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht.

Die jetzige deutsche Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sieht sie das Opfer nicht als zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktive Pfänder für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Wenn die französische Regierung ausschließlich von dem Gedanken ausgeht, produktive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so kann sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und deutsches Reich andererseits hinausgehen. Die — wenn auch nur vorübergehende — Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Uebertragung der Rheinlandsbahnen, die Uebertragung einzelner Bergwerke an Rhein und Ruhr, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Selbstbuches in die Debatte geworfen sind, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden. Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung weist zugleich alle die politischen Fragen auf, die

sich in der Besetzung des Ruhrgebietes und die sich in der Rheinlandsfrage für die internationale Beziehungen der Völker ergeben.

Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandsfrage, die international zu lösen wäre. Das Rheinland habe im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Form es innerhalb des deutschen Reiches sein Leben zu führen gedente, und bis zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen sämtlicher deutscher Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Rechtsverhältnis zum Reich und zu Preußen, das geschichtlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, im geringsten zu ändern. Die Frage des deutschen Rheinlandes ist für uns keine Frage von Kompromissen, sie ist für uns die Lebensfrage, ist es für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient, in der es für jede deutsche Partei nur ein Ziel gibt: Ein deutsches Reich innerhalb des einzigen deutschen Reiches. Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten in den Dokumenten der französischen Regierung, daß er weder politische Ziele verfolge, noch annexionspolitische Gedanken habe. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vorschlag gebrachten Lösungen nicht vereinbar, indem sie tatsächlich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und damit den Weg zu einer praktischen Lösung, die Deutschland akzeptieren kann, verstopfen. Erst wenn die politischen Gesichtspunkte, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurücktreten sind, gegenüber den wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaft teilnehmen kann, wird der Weg für eine praktische Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Charleville sprach, offen sein.

Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entzweiung der Verbündeten abstellen wollte. Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb einer gemeinsamen Verständigung der Verbündeten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden wird, der die berechtigten Ansprüche der Gläubigerstaaten mit der Gewährung deutscher Entwicklungsmöglichkeit vereinigt, die auch dem deutschen Volke das Recht auf Leben sichert, das der französische Ministerpräsident für Frankreich in Anspruch nimmt.

Der Reichskanzler schloß mit einem Hinweis auf die Solidarität der Völker. Die Gärung, die in den Völkern lebt, hat nur Nährboden in der Unsicherheit aller Weltverhältnisse. Wenn es eine Gemeinschaft des Volksgedankens gibt, so müßte sie wohl darin bestehen, die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren. Wir wissen uns ein mit dem deutschen Volke, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß durch das deutsche Volk ein tiefes Sehnen geht, zu Frieden, Freiheit und Ordnung zu kommen. Wir tun jetzt das äußerste, um bei uns selbst die Grundlage hierfür zu schaffen. Rüge der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, um diesen Verhältnissen auf der ganzen Welt wieder ihre alte Bedeutung zu verschaffen, nicht angehört verhalten! Die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, geht schließlich nicht nur uns an. Sie schließt nicht mehr und nicht weniger in sich als die Aufrechterhaltung der Kulturgemeinschaft der Völker. Sie endet für Europa in der Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt, Gesittung oder Untergang und Chaos.

Neues vom Tage.

Weitere Ausdehnung der Besetzung.

Berlin, 24. Aug. Im Ruhrgebiet sind Blättermelungen zufolge Gerüchte verbreitet, wonach die Franzosen beabsichtigen, das Siegerland zu besetzen. Eine Reise des Generals Degoutte an die Südgrenze des besetzten Gebiets wird mit diesen angeblichen Absichten der Franzosen in Verbindung gebracht.

Die Notverordnung.

Berlin, 24. Aug. Der Erlass der Notverordnung der Reichsregierung steht unmittelbar bevor. Sie wird sich, dem „Vorwärts“ zufolge, in dem Rahmen bewegen, den der Reichsfinanzminister Hilferding gestern in seiner Rede vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags gekennzeichnet hat.

Günstiger Eindruck in Paris.

Paris, 24. Aug. Die angekündigte Rede Stresemanns wird in Paris mit einer gewissen Spannung erwartet. Die Ankündigung drakonischer Maßnahmen gegen die widerstrebenden Devisenbesitzer Deutschlands hat hier, wie gestern abend am Quai d'Orsay bestätigt wurde, einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die Rede Stresemanns dürfte nach der hier herrschenden Auffassung die Herbeiführung einer Entspannung erleichtern, wenn der Reichskanzler ein überzeugendes Programm für die Sanierung der deutschen Finanzen darlegt und sich über die Reparationsregelung in einer Weise ausspricht, die eine Verständigung über Summe und Zahlungsart als möglich erscheinen läßt.

Einberufung des Obersten Rates.

Berlin, 24. Aug. Baldwin wird im Laufe seines auf zwei Wochen berechneten Aufenthalts in Frankreich mit Lord Curzon und Poincaré die Frage mündlich besprechen, ob es Zweck hat, im Laufe des Monats September auf Grund eines vereinbarten Programms eine Tagung des Obersten Rates einzuberufen, um die Reparationsfrage zu lösen.

Deutschlands Zulassung zum Völkerbund.

London, 23. Aug. Wie bereits gemeldet, wird am 30. August der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz des Grafen Bühl in Genf zusammentreten. Unter anderem steht auf der Tagesordnung auch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, für die insbesondere Lord Robert Cecil und General Smuts aus der Erwägung heraus eintreten, daß dann der Völkerbund eher in der Lage sein werde, eine wirksame Lösung der Reparations- und Ruhrprobleme und der gesamten Wirtschaftslage Europas einzuleiten.

Auch im Innern unbedingte Entschlossenheit der Reichsregierung.

Berlin, 24. Aug. Der Reichskanzler hat in der Besprechung mit den Parteiführern keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung zur Anwendung der äußersten Mittel entschlossen sei. Die gegenwärtige Regierung sei vielleicht die letzte, die auf verfassungsmäßigem Wege die Verhinderung von Deutschlands wirtschaftlichem und finanziellem Aufschwung erreichen könne. Könne sie ihr Wirtschafts- und Finanzprogramm nicht verwirklichen, so gäbe es kaum noch einen Weg zur Rettung. Wenn die Reichsregierung es auch ablehne, eine Diktatur zu schaffen, so werde sie vor jeder Anwendung der Diktatur innerhalb der Grenzen der Verfassung nicht zurückschrecken, um jede Sabotage ihres auf die Konsolidierung der inneren Verhältnisse gerichteten Programms wirksam zu bekämpfen.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 25. August 1923

Zum Sonntag.

Was wir nicht aus eigener Kraft tun können, das müssen wir im Glauben tun oder lassen. Denn wenn wir weder eigene noch Gottes Kraft dazu haben, ist's ein Wunder, wenn's dann mißlingt? D. D.

„Ich habe keine Zeit“. Dieses viel gebrauchte Wort kann in verhängnisvoller Weise die Menschen oft über sich selbst täuschen. Liegt's wirklich immer daran, daß du keine Zeit hast? Für das, was dir Geld, Gewinn und sonstigen äußerlichen Vorteil bringt, hast du in der Regel Zeit. Liegt's nicht oft daran, daß du nicht willst? Als Beispiel nimm die häusliche Andacht morgens und abends. Sie nimmt wenig Zeit in Anspruch. Aber du hast „mit dem besten Willen keine Zeit“, und wer weiß, gleich nachher steht da eine halbe Stunde zum Rauchen und fährst lange Reden über's Wetter, Dollarsatz, verderbte Welt. Oder du verwickelst dich in einem Wortwechsel, den du als innerlich gefammelter Mensch gut hättest vermeiden können. Für solche Dinge also hast du auch Zeit. Unsere Väter sahen darauf, daß abends zeitig Feierabend gemacht wurde, damit auch noch etwas Kraft und Sülle fürs Herz übrig bleibt. Heute hat man keine Zeit dazu. Ist man darum reicher und glücklicher? Hast du auch nie Zeit, wenn deine Seele dich darum bittet? R. St.

— Neue starke Milchpreiserhöhung. Dem bayerischen Vorgang entsprechend, mußte bei der am Donnerstag stattgefundenen Preisverhandlung die Forderung der Landwirte auf einen Erzeugerpreis von 132 000 Mk. einschließlich 12 000 Mk. Vertragszuschlag, also einer 120prozentigen Erhöhung seitens der Bedarfsstädte entprochen werden. Frei Kämpfe Stuttgart bedeutet das einen Einkaufspreis von 190 000 Mk. und nach Zuschlag der Verwaltungs-, Verwaltungs-, Verteilungs- und Materialkosten, sowie der Händlerspannung einen Kleinverkaufspreis von 248 000 Mk., gültig ab Sonntag, 26. August, bis einschl. Samstag, 1. September.

— Erhöhung der Brotmarktpreise. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nachdem seit der letzten Brotpreiserhöhung die Unkosten der Bäcker für Löhne, Heizmaterialien, Bäckereibedarfsgegenstände usw., sowie diejenigen der Kommunalverbände eine weitere erhebliche Steigerung erfahren haben, sind die Kommunalverbände, die zur Festsetzung des Kleinverkaufspreises gesetzlich verpflichtet sind, genötigt, mit Wirkung vom 27. August ab die Brotpreise je nach den örtlichen Verhältnissen bis zu 180 Prozent zu erhöhen.

Stuttgart, 24. Aug. (Sofortige Einberufung des Landtags?) Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Donnerstag in einer besonderen Sitzung, in welcher die politische Lage im Lande besprochen wurde, ihren Vorsitz beauftragt, zum Zweck der „Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände“ und zur Abklärung der politischen Lage im Lande die sofortige Einberufung des Landtags zu beantragen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde gegen die neuerdings von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, insbesondere gegen den sog. kleinen Belagerungsstand, sowie gegen die Rechtsprechung in politischen Prozessen Stellung genommen.

Ferienkinder. Wie vom Roten Kreuz mitgeteilt wird, erfolgt die Rückkehr der in Deutsch-Böhmen untergebrachten Ferienkinder morgen nacht 11.40 Uhr.

Eine Million Mark für Schweine- und Rindfleisch. Infolge der weiteren Steigerung der Viehpreise hat die Stuttgarter Regierung die Laubfleischpreise ab heute wie folgt erhöht: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 1 000 000 Mk., 2. Güte 900 000 Mk., Kalbfleisch 760—800 000 Mk., 2. Güte 660—700 000 Mk., Kollfleisch und Schweinefleisch 1 000 000 Mk. Sammelfleisch 1 000 000 Mk., Schaffleisch 600—840 000 Mk.

Erhöhung der Straßbahntarife. Wegen weiterer Lohnerböhrungen müssen die Stuttgarter Straßbahnen ihre Tarife schon wieder erhöhen; es kostet die kürzeste Fahrt dann 100 000 Mk.

Bernhausen a. F., 24. Aug. (Unfall) Letzten Samstag wurde das Fuhrwerk des Bauern Fr. Trautwein auf der Straße zwischen Bernhausen und Mieningen infolge Scheuwerdens, der Pferde von einem Kuro der Reichswehr überfahren. Während der Fuhrmann mit dem Schrecken davonkam, brach das Pferd beide Vorderfüße und mußte auf der Stelle geschossen werden.

Esslingen, 24. Aug. (Lederdiebstahl) Die hiesige Kriminalpolizei kam einem umfangreichen Lederdiebstahl, der seit 1 1/2 Jahren in einer hiesigen Lederfabrik betrieben wurde, und bei dem Leder aller Sorten im Wert von 2,5 Milliarden Mark durch einen dort beschäftigten Arbeiter entwendet wurde, auf die Spur.

Der Preis für Zuluzucker.

Die verschiedenen Auslassungen in der Presse zu der Zuckerpreisfrage nötigen, so schreibt man uns von zuhause Seite, zu folgenden Feststellungen:

Für den Zuluzucker wurde ursprünglich der Grundpreis, ausschließlich Sorten- und Frachtaufschlag, auf 750 000 Mk. für den Feinraffiner Zuder, Frachtkosten Roggen, ab Fabrik, festgesetzt. Auf Grund dieses Preises hat die Landesversorgungsstelle unter Zuziehung von Handels- und Verbraucher-Vertretern die im „Staatsanzeiger“ vom 4. August d. J. Nr. 180 bekanntgegebenen Kleinhandelspreise festgesetzt. Kurz darauf hat die Zuderwirtschaftsstelle in Berlin, welche das Organ des Vereins der deutschen Zuderfabriken die Verteilung des Zuders an die Länder zu besorgen hat, beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine wesentliche Erhöhung des genannten Grundpreises beantragt, da den Zuderfabriken bei der fortgeschrittenen Geldentwertung und der dadurch bedingten fortgesetzten Steigerungen aller Ausgaben eine Lieferung zum Preis von 750 000 Mk. nicht mehr zugunsten werden könne; dieser Preis habe noch nicht einmal die Raffinationskosten. In der Sitzung am 7. August d. J. stattgehabten Sitzung des Beirats der Zuderwirtschaftsstelle, welchem neben Vertretern der Länder auch Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Verbraucher und von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Zuderindustrie angehören, ist der Antrag, daß der gesamte Zuluzucker zum bisher feststehenden Preis von 750 000 Mk. pro Ztr. geliefert werden solle, damit unter allen Umständen eine Besserung der Verbraucher mit Zuluzucker zu verschiedenen hohen Preisen vermieden werde, vom Beirat mit Stimmmehrheit abgelehnt worden. In den weiteren Verhandlungen konnte eine Einigung zwischen dem Beirat und der Zuderwirtschaftsstelle über die Preisfrage nicht erzielt werden, so daß nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen die Entscheidung hierüber der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu treffen hatte. Nach dieser Entscheidung darf für den Zuder, für welchen die Bezahlung bis zum 11. August d. J. bei den Fabriken eingegangen war, eine Nachberechnung nicht vorgenommen werden. Soweit Bezahlung für Zuluzucker in der Zeit vom 12. bis 16. August d. J. erfolgt, geschieht die Berechnung mit dem Abnehmer zum Preis von 4 Millionen Mk. pro Ztr.; soweit die Bezahlung nach dem 16. August d. J. erfolgt, hat sich der Herr Reichsminister mit der Berechnung eines Preises von 12 Millionen Mk. pro Ztr. einverstanden erklärt. Vom 19. August d. J. ab sind wesentliche Preisfestsetzungen durch einen Unterausschuß des Beirats der Zuderwirtschaftsstelle vorgesehen.

Durch diese Entscheidung wird es demjenigen Handel, der eine rechtzeitige Bezahlung des Zuders aus naheliegenden Gründen nicht hat bewerkstelligen können, unmöglich gemacht, die von der Landesversorgungsstelle am 2. August d. J. festgesetzten Höchstpreise für Zuder einzuhalten; weiterhin auch dadurch, daß die Zuderwirtschaftsstelle erst neuerdings wieder am 11. August d. J. die Sortenaufschläge, Zuschläge zum Grundpreis für die einzelnen Sorten ganz außerordentlich erhöht hat.

In Würdigung dieser Sachlage war die Landesversorgungsstelle gezwungen, den Kommunalverbänden die Ermächtigung zu geben, in Abweichung von den von ihr am 2. August d. J. festgesetzten Höchstpreisen die für ihren Bezirk in Betracht kommenden Höchstpreise festzusetzen.

Daß in einzelnen Bezirken die Verbraucher ihren Zuluzucker bereits zum billigen Preis erhalten haben, während andere ihn zum Teil erst zu höheren Preisen bekommen haben, während andere ihn zum Teil erst zu höheren Preisen bekommen werden, ist eine überaus bemerkenswerte Tatsache, die aber eben auch auf die in letzter Zeit eingetretene katastrophale Marktentwertung zurückzuführen ist.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Verhandlungen über die Vergarbeiterlöhne. Die im Reichsarbeitsministerium über die Erhöhung der Vergarbeiterlöhne gepflogenen Verhandlungen haben, wie die T. N. erfährt, noch zu keinem Ergebnis geführt, die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Der Lausanner Friede gesichert. Die türkische Nationalversammlung hat den Lausanner Friedensvertrag mit 250 gegen 235 Stimmen angenommen.

Außerordentliche Tagung der deutschen Zeitungsverleger. Der Verein deutscher Zeitungsverleger teilt mit, die verzwölfte Lage im Zeitungsverleger habe ihn veranlaßt, zum 29. August eine außerordentliche Generalversammlung nach Eisenach einzuberufen. Verschärfte Verkehrsperre. Wie verlautet, wird die Verkehrsperre vom 25. August ab verschärft durchgeführt.

5,56 Billionen Kronen österreichischer Notenumlauf. Wie aus Wien berichtet wird, beträgt nach dem soeben veröffentlichten Wochenanweis der österreichischen Nationalbank der Notenumlauf 5 557 Milliarden Kronen, während sich der Barschat der Bank an Gold und Devisen auf 3 004 Milliarden Kronen stellt. Somit ist der österreichische Notenumlauf mit mehr als 50 v. H. bar gedeckt.

Stillelegung der Berliner Straßendahn. Der Meldeausschuß der Berliner Stadtverordneten hat beschlossen, eine vorübergehende Stillelegung der Straßendahn und die Räumung des gesamten Personals für unvermeidlich zu halten. Diesem Beschluß ist der Magistrat in später Nachtstunden beigetreten. Neben die zu schaffende neue Betriebsform konnte man sich noch nicht einigen.

Die Ermordung des Studenten Bauer. In dem Prozeß wegen der Ermordung des Studenten Bauer in München gab der Hauptangeklagte in seiner im übrigen sehr verworrenen Aussage zu, daß er Bauer ermordet habe. Der Hauptbelastungszeuge, Steuerbeamter Studenrand, belastete den Angeklagten Jochenauer wie die ebenfalls beschuldigten Brüder Berger

Unseren Lesern zur Kenntnisnahme,

daß der Bezugspreis unserer Zeitung auch in Naturalien (Roggen, Weizen, Butter, Eier) bezahlt werden kann.

Wie kommen damit einem Wünsche zahlreicher Leser nach, denen damit der Bezug unserer Zeitung erleichtert wird.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

Der Bezugspreis unserer Zeitung beträgt in der Woche vom 19. — 25. August 200 000 Mk.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Die Verhältnisse am Teufelsmarkt werden immer schwieriger, insbesondere wirkten auf ihn die Gerüchte, welche über eine geplante Teufelsbeschlagnahme umlaufen, ein und motivierten damit den großen Marksturz in Remort. Andere Gerüchte sprachen von einem allgemeinen Einfuhrverbot. Im großen ganzen war das Teufelsgeschäft im freien Verkehr gelähmt durch die große Materialknappheit und durch den weiten Abstand der amtlichen Kurse von den wirklichen Verhältnissen.

In den Effektenmärkten ist durch die großen Schwankungen der Kohlenpreise, nicht zuletzt aber auch als Folge der vom Reichskabinett geplanten Eingriffe in den privaten Salutarbesitz, die Tendenz uneinheitlich geworden. Interessant ist, daß die „Vorrichtungsabgaben“ an Teufeln in der Art vor sich gingen, daß wohl diese abgestoßen, gleichzeitig aber Salutarbesitz, welche als von der neuen Sondererfassung salutarischer Art nicht betroffen angesehen werden, angeschafft wurden, was zur Folge hatte, daß letztere scharf im Kurse anzogen.

Die Preise am Produktmarkt haben sich infolge der scharfen Teufelssteigerung erneut erhöht, sie gehen jedoch derart auseinander, daß die amtlichen Kurse nicht das richtige Bild der Marktlage geben. Jedenfalls ist zu den Berliner Notierungen aus Süddeutschland keine Klare zu bekommen. Letzte Berliner Preise: Weizen 9,25, Roggen bei starkem Angebot und weichen Preisen 5,3, Gerste 7,25, Haber 7, keine Speiseerbsen 13, Weizenmehl 17, Roggenmehl 10%, Kleien 4, alles in Millionen Mk. pro 50 Kilo.

Am Häutemarkt sind die Differenzen, welche zwischen den Häuterverwertungen und den Käufern wegen Begleichung der Auktionsware entstanden sind, noch nicht behoben, weshalb neuerdings die Düsseldorf Auktion vom 20. August nicht zustandekam. Im freien Handel wurden die roten Häute um 800—850 000, die bunten um 650—750 000 Mk. verkauft, jedoch hielt sich der Umsatz in engen Grenzen.

Das Geschäft am Goldmarkt steht seit kurzem fast vollkommen. Selbst kleine Umsätze sind nur mit Schwierigkeiten zu erzielen. Es ist unverkennbar, daß die Einziehung der neuen Steuern die Unternehmungslust hemmt. Die Betriebe des Verbrauchs sind wenig beschäftigt, haben daher keine Geldbedürfnisse und sind nicht in der Lage, zu den Angeboten des Goldhandels Stellung zu nehmen. Von katastrophaler Auswirkung auf die Goldwirtschaft dürften die neuen Frachterhöhungen sein. Eine Belebung der Absatzverhältnisse am Goldmarkt ist daher nicht zu erwarten.

Der Metallmarkt hatte wenig Geschäft. Für Gold wurde bis zu 4,6 Mill. pro Gramm, für Silber bis zu 107 1/2 Mill. pro Kg. bezahlt. Infolge Abschwächung der Devisen gingen die Preise zum Schluß der Woche für Silber auf 92 1/2 Millionen pro Kilo zurück. Auch am Edelmetallmarkt scheint die Beschlagnahmefurcht noch vorzuherrschen, was mit zur Preislenkung beiträgt.

Handel und Verkehr.

Amtliche Berliner Teufelskurse vom Freitag. Dollarstand: 4688 250 G., Br. 4711 750

Amsterdam	1835 400 G., 1844 600 Br.
Brüssel	209 475 G., 210 525 Br.
Christiana	758 100 G., 761 000 Br.
Kopenhagen	872 812 G., 877 187 Br.
Stockholm	1 236 900 G., 1 243 100 Br.
Italien	199 500 G., 200 500 Br.
London	21 196 875 G., 21 303 125 Br.
Paris	261 345 G., 262 655 Br.
Schwyz	842 887 G., 847 123 Br.
Spanien	618 450 G., 621 550 Br.
Deutsch-Österreich	6683 G., 6770 Br.
Brag	137 655 G., 138 345 Br.
Buenos-Aires	1 506 225 G., 1 513 775 Br.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen, 22. Aug. Preise in 1000 Mk. je Pfd.: Butter 900—1300, Konsumreifer Weichkäse 250—450, grüner Weichkäse 250—420, Konsumreifer Rundkäse 370—850.

Mannheimer Produktbörsen, 23. Aug. Die Haltung war sehr fest, die Preise steigend: Weizen inländ. 22 bis 23, ausl. 26, Roggen 15—16, Gerste, alte, 14 bis 16, Haber 14—16, Rohmelasse 8—8,5, Weizenkleie 8—9, Rapz 26—27, Preßstroh 1,5—1,9, geb. Stroh 1,4—1,8, Weizenmehl 37—39, alles in Mill. Mk. für die 100 Kilo bahnfrei Mannheim.

Mannheim, 23. Aug. Dem Schweinemarkt waren zugeföhren: 350 Ferkel und Säuger, die zu 5 bis 18 Mill. Mk. das Stück bei lebhaftem Verkehr raschen Absatz fanden.

Elwangen, 22. Aug. Der Viehmarkt war mit 120 Ochsen, 80 Stieren, 110 Röhren, 120 Stück Jungvieh und 25 Kälbern besahren. Es gab ein lebhaftes Geschäft. Bezahlt wurde für ein Paar Ochsen mit 26 1/2 Ztr., 1,3 Millionen, 1 Paar mit 30 Ztr., 1,8 Millionen, 1 Stier mit 11 Ztr., 572 Millionen, 1 Stier mit 9 Ztr., 486 Millionen, 1 Kuh mit 9 Ztr., 450 Millionen, 1 Kalbel mit 8,5 Ztr., 442 Millionen, Kühe in Milch erlösten 600—1000 Millionen.

Marktgericht. Das Marktgericht auf dem Viehmarkt in Gaildorf verurteilte wegen Preistreiberei dem Ferdinand Sogod in Laufen a. N. zu 25 Millionen Mk. Geldstrafe, den Philipp Schultes in Großhaldorf zu 100 Mill., den Karl Hirschfeld in Laufen a. N. zu 50 Millionen und den Johann Doll in Hainster zu 100 Mill. Mk. Geldstrafe. In sämtlichen Fällen wurde auf Verurteilung des Strafbefehls im „Kochboten“ und durch Auszug am Rathaus in Gaildorf und an demjenigen des Wohnortes erkannt. Wegen den Händler, der übermäßig hohe Preise bot, wurde vom Richteramt Strafsanctio bei der 25. Annahmefrist erhoben.

Stuttgarter Börse, 24. Aug. Die Befestigung der Teufeln brachte auch wieder das Vertrauen zur Effektenbörsen, so daß nicht eintraf, was gestern vermutet werden konnte, nämlich ein Absinken des Interesses für Effekten. Mit wenigen Ausnahmen waren die Kurse höher als an der Mittwochsbörsen. Zaimler lagen, weil auswärts schwach, hier ebenfalls etwas niedriger (— 100), auch Yement Heidelberg — 550. Bankaktien fest. Vereinsbank + 4000. Spinnereien ebenfalls sehr gefragt. Celangen, Korb und Schüle sowie Kotters je + 1000, Pfersee + 4000. Brauerei Ehlingen + 500, Hohenzollern + 500, Wulle unverändert. Der Maschinen- und Metallmarkt zeigte keine volle Einseitigkeit. Jungfahrs unverändert, Feinmechanik + 3000, Ehlinger Maschinen — 500, Redarsuimer — 50. Im Freiverkehr war die Nachfrage heute schon wieder größer als das Angebot, so daß die Kurse auch hier durchweg höher als am Mittwoch waren.

Mutmaßliches Wetter.

Neue Luftwirbel aus Westen lassen bei vorwiegend südwestlichen Winden für Sonntag und Montag Fröhen, Regen und mäßige Abkühlung erwarten.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

W. B. London, 25. Aug. Der diplomatische Berichterkasser des „Evening Standard“ schreibt, trotz der zweifellos enttäuschenden französischen Note bestehe in besunterrichteten Kreisen die feste Ansicht, daß die französische Note benutzt wird, um die Verhandlungen fortzusetzen, die zu der von Poincaré in seiner Note erwähnten Konferenz führen könnte.

Vom besiegten Gebiet.

W. B. Wehnam, 25. Aug. In der letzten Sitzung des franz. Militärpolizeigerichts wurden zum ersten Mal auf Grund der Verordnung der obersten Befehlshaber die Geldstrafen in Goldmark verhängt. Zwei Kraftwagenführer, die aus Mitleid Privatpersonen mitgenommen hatten, wurden zu je 2 Goldmark verurteilt, der Multiplikator zu 3 Millionen Mk. gerechnet. Ein anderer Kraftwagenführer, der wegen eines Vorstoßes gegen die Luftkrafwagenverordnung angeklagt war und sich noch rechtzeitig ins unbesetzte Deutschland geflüchtet hatte, wurde in Abwesenheit zu einem Jahr Gefängnis und zehn Goldmark verurteilt.

W. B. Offen, 25. Aug. Gestern wurden zehn Eisenbahnbeamten und Arbeitern der Ausweisungsbefehl zugestellt. Sie müssen in ganz kurzer Zeit ihren Heimatort verlassen. Eine Versammlung von Eisenbahnern, die am 22. Aug. im Burg-Gymnasium abgehalten wurde, wurde von franz. Kriminalbeamten überwachl. Bei dieser Gelegenheit wurden sechs Millionen Mk. fortgenommen und einige Personen verhaftet.

W. B. Frankfurt a. M., 24. August. Die Franzosen haben heute früh 8 Uhr die Zellgrenze bis über die Strecke Gamburg—Eichhofen—Limburg hinaus geschoben, so daß die ganze Strecke von Höchst über Idstein nach Limburg jetzt ins besetzte Gebiet fällt. In den Eisenbahnbetrieb haben die Franzosen vorläufig noch nicht eingegriffen.

Die welschen Länder.

W. B. Gelsenkirchen, 24. Au. u. f. Zwei französische Kriminalbeamte nahmer bei der Stadtkasse Necklinghausen 12 Millionen Mk. Schatzgelder weg und bezwei Beamten der Gemeinde Dortz-Emscher vier Millionen Mk.

Die sog. Partei Englands über die Ruhrfrage.

W. B. London, 24. Aug. Auf der gemeinsamen Sitzung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses und des nationalen Volkungskrats der sog. Partei in London, auf der der Reich der Parlamentsmitglied Tom Shaw über die Lage in Ruhrbezirk erwohnen wurde, gelangte eine Entschlieung zu Annahme, in der die Erklärung der französischen Regierung tief bedauert wird, daß sie beabsichtige, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes fortzusetzen und so die Verweigerung des Vorschlags einer unparteiischen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit und ihre Beizeugung, der entgeltlichen Befestigung des Gesamtbetrags der Reparationen, die Deutschland zahlen soll, zuzustimmen. In der Entschlieung heißt es: Wir appellieren besonders an die franz. Arbeiter und die sozialistische Bewegung, mit ihrer Macht auf die Annahme einer verständlicheren Haltung der franz. Regierung und des franz. Volkes zu dringen, um die Differenzen bezüglich des Reparationsproblems durch Verhandlungen beizulegen. Die Entschlieung fährt fort: Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Bewohner des Ruhrgebietes ihre Regierung bei jeder vernünftigen Regelung der ausstehenden Fragen unterstützen würden vorausgesetzt, daß sie als freie Männer und Frauen behandelt werden und daß die Bedrohung mit dem militärischen Bedrückung aufhört.

Die Entschlieung fordert die britische Regierung auf, energig ihre Bemühungen zur Wiedereröffnung der Verhandlungen fortzusetzen.

Für die Schaffung verantwortlich: Ludwig Kauf. Preis 200 Bsp., der bei den Buchhändlern im Buchhandel 100 Bsp.

